

Pressemeldung

Zur Veröffentlichung:

Möglichst am 29.08.2025

Beginn der Pressemitteilung:

Wohnungsnot im Kreis Kleve:

Wachsende soziale Schieflage – Wohnen darf kein Luxus sein

Kreis Kleve, Der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW Kreis Kleve schlägt gemeinsam mit seiner Mitgliedsorganisation Selbsthilfe e.V. Alarm: Die Wohnraumsituation im Kreis Kleve spitzt sich weiter zu – mit gravierenden Folgen für Menschen mit geringem Einkommen, Familien, Alleinerziehenden oder Menschen mit Behinderung.

Als Teil des landesweiten Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ fordert der Paritätische ein entschlossenes Umdenken: Wohnen ist ein Menschenrecht und muss wieder als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen werden – nicht als Ware auf einem überhitzten Markt.

„Für viele Ratsuchende ist das Thema Wohnen mittlerweile existenziell“, sagt Herbert Looschelders Geschäftsführer von Selbsthilfe e.V. „Alleinerziehende, Menschen mit chronischen Erkrankungen, mit Behinderung oder geringem Einkommen finden schlichtweg keine passende Wohnung mehr – selbst bei intensiver Suche über Monate.“ Die Realität zeigt: Wohnen wird zunehmend zum sozialen Sprengstoff – auch im Kreis Kleve.

Die Ursachen sind vielfältig: Der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum sinkt, gleichzeitig steigen Mieten auch in mittleren Städten kontinuierlich an. Neubauten richten sich häufig an einkommensstarke Zielgruppen. Wer sich die steigenden Mieten nicht leisten kann, hat kaum noch Alternativen.

Positive Entwicklungen – aber weiter großer Handlungsbedarf

Der Paritätische und Selbsthilfe e.V. begrüßen, dass die Kreis Klever Bauverwaltungs- GmbH (KKB) in verschiedenen Gemeinden des Kreises Kleve neuen Wohnraum mit Wohnberechtigungsschein (WBS) schafft. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um sozialhilferechtlich angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im Kreis Kleve gilt WBS-Wohnraum grundsätzlich als sozialhilferechtlich angemessen – ein wichtiger Schritt, der vielen Menschen unmittelbar hilft.

Dennoch bleibt die Forderung bestehen, deutlich mehr WBS-Wohnraum zu schaffen, gerade auch in den größeren Städten und Gemeinden des Kreises. Denn viele Wohnungen sind in den vergangenen Jahren aus der Sozialbindung herausgefallen, sodass das Angebot schrumpft, während die Nachfrage kontinuierlich steigt.

Darüber hinaus setzt sich der Paritätische für eine **Bagatellgrenze bei den Mietobergrenzen** ein: Eine Überschreitung der Brutto-Kaltmiete um bis zu zehn Prozent sollte nicht sofort zu Kürzungen führen. Hintergrund ist das **Wirtschaftlichkeitsgebot nach § 22 (1) Satz 10 SGB II**: Ein erzwungener

Umzug verursacht in der Regel erheblich höhere Kosten durch Kautions-, Umzugsausgaben und die notwendige Neueinrichtung. Eine solche Bagatellregelung würde nicht nur betroffenen Haushalten Luft verschaffen, sondern auch den Druck auf den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt verringern.

Bündnis fordert politischen Kurswechsel

Das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ setzt sich dafür ein, dass Wohnen in NRW wieder bezahlbar und sozial gerecht wird. Die zentralen Forderungen:

- **Mehr sozialer Wohnungsbau:** Mindestens 20.000 neue geförderte Wohnungen pro Jahr in NRW
- **Stärkung des Mieterschutzes:** Mietpreisbremse verlängern und ausweiten
- **Kein Verkauf öffentlicher Grundstücke an Höchstbietende**
- **Nutzung statt Leerstand:** Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienvermietung oder Spekulation verhindern
- **Barrierefreies, inklusives Wohnen fördern**

„Wohnen ist ein Grundrecht“, betont Andreas Fateh, Geschäftsführer des Paritätischen NRW Kreis Kleve. „Dafür braucht es politisches Handeln – nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch hier vor Ort im Kreis Kleve. Wer den Wohnungsmarkt allein dem Profit überlässt, riskiert, dass immer mehr Menschen aus dem sozialen Gefüge fallen.“

Der Paritätische NRW Kreis Kleve und Selbsthilfe e.V. fordern gemeinsam mit dem Bündnis konkrete Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarkts und zum Schutz von Mietern und Mieterinnen – auch im ländlichen Raum.

Über den Paritätischen im Kreis Kleve

Im Paritätischen Wohlfahrtsverband im Kreis Kleve leisten 76 gemeinnützige Organisationen sowie Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements mit 106 Diensten und Einrichtungen Hilfe in allen Feldern sozialer Arbeit. Aktuelle Informationen zum Paritätischen im Kreis Kleve finden Sie im Internet unter www.kleve.paritaet-nrw.org.

Über Selbsthilfe e.V.

Selbsthilfe e. V. – Verein für Sozialberatung in Kleve ist ein ehrenamtlich geführter Beratungsverein mit Sitz in der Römerstraße 32, 47533 Kleve. Er setzt sich vor allem für Menschen ein, die Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld), dem SGB XII (Sozialhilfe/Grundsicherung) oder Wohngeld benötigen. Aktuelle Informationen zu Selbsthilfe e.V. finden Sie im Internet unter <http://www.kleverland-sozial.de>.

Hintergrund:

Das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ ist ein Zusammenschluss aus acht landesweiten Organisationen, darunter der Deutsche Mieterbund NRW, DGB NRW, Caritas NRW, Diakonie RWL, AWO NRW, Paritätischer NRW, Sozialverband VdK NRW und der BDkJ NRW. Es setzt sich für eine soziale

Wohnungspolitik ein, die sich am Gemeinwohl orientiert. Aktuelle Informationen zum Bündnis „Wir wollen wohnen“ finden Sie im Internet unter www.wir-wollen-wohnen-nrw.de.

Foto (Der Paritätische NRW Kreis Kleve):

(v.l.n.r.) Andreas Fateh, Geschäftsführer Der Paritätische NRW Kreis Kleve und Herbert Looschelders, Geschäftsführer Selbsthilfe e.V.



Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Kleve
Nassauerstraße 1, 47533 Kleve
www.kleve.paritaet-nrw.org

Rückfragen an:
Carolyn Kempers
Tel.: 02821 78 00 12
E-Mail: kempers@paritaet-nrw.org